

UN KLIMAKONFERENZ IN BALI

„DIE KONFERENZ, DIE DIE WELT RETTEN SOLLTE“ – DGS PRÄSIDENT
DR. JAN KAI DOBELMANN BERICHTET VON DER UN KLIMAKONFERENZ IN BALI



Blick in den Konferenzsaal

MONTAG, DEN 10.12.07

„Die Konferenz, die die Welt retten soll“ titelte die Wochenzeitschrift die Zeit in ihrer letzten Ausgabe über die UN Klimakonferenz in Bali. Das ist eine große Aufgabe, der sich fast 10.000 Delegierte aus allen Ländern der Welt widmen, die derzeit auf die Indonesische Insel Bali strömen. DGS Präsident Dr. Jan Kai Dobelmann berichtete von der UN Klimakonferenz in Bali.

Das Fazit der ersten Konferenzwoche, in der in unzähligen Ausschüssen die technischen Details der Klimafragen erörtert wurden, ist aus Sicht des World Wide Fund for Nature (WWF) positiv. Der Umweltverband hat durchweg eine konstruktive und übereinstimmende Atmosphäre in den Konferenzsälen ausgemacht. Es ist den Regierungsvertretern, Fachleuten und Umweltaktivisten gelungen, alle wichtigen Fragen auf die komplexe Agenda der Konferenz zu setzen.

Die UN Klimakonferenz erörtert alle Fragen von der Verhinderung des Klimawandels bis zur Anpassung der Menschheit an die Folgen und von den Bedrohungen der Entwaldung zu Technologien, mit denen eine weitere Klimaveränderung vermindert werden kann, sowie die brennenden Fragen eines Technologietransfers und

der finanziellen Folgen. Es werden ausdrücklich auch die wirtschaftlichen Fragen des Klimawandels diskutiert, die in dem Bericht des ehemaligen Weltbank-Ökonomen Sir Nicholas Stern aufgeführt wurden.

Klar kann in der ersten Woche ausgemacht werden, dass die meisten Entwicklungsländer, die unter dem Block G77 plus China organisiert sind, sich gut auf die Konferenz vorbereitet haben und mit konkreten Vorschlägen aktiv sind. Im Mittelpunkt der Interessen maßgeblicher Schwellenländer wie China, Süd-Afrika und Brasilien stehen Anfragen zum Technologietransfer durch eine gemeinsame öffentliche Plattform (public-private-partnership). Diese gemeinsame Plattform, sollte diese zustande kommen, dürfte besonders für das technologiestarke Deutschland von Interesse sein. Hier wird auf die Details zu achten sein, damit es einerseits zu einem maximalen Wachstum erneuerbarer Energien kommen kann, andererseits aber nicht den forschungsstarken Unternehmen durch Kopien der Boden entzogen wird.

Während der Gespräche im Plenum hat die Europäische Union ihr Angebot gemacht, bis 2020 die CO₂-Emissionen in Europa um 30% zu reduzieren. Die USA haben solche Angebote leider nicht for-

muliert. Auch hat die neue Regierung von Australien zwar ihre generell ablehnende Haltung aufgegeben, aber noch einige Vorbehalte angeführt, bevor ein voller Beitritt zum Kyoto Protokoll umgesetzt wird. Kanada hat sich gestern für diese starre Haltung den von mehreren Nicht-regierungsorganisationen vergebenen Preis „Fossil des Tages“ eingehandelt.

Die aktiven Industrieländer müssen sich nun in der zweiten Woche mit den

Hintergrund der UN Konferenz in Bali:

Im Jahre 1992 sind die meisten Nationen der Erde der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) beigetreten, deren Ziel es ist, den internationalen Rahmen zu erarbeiten, um die durch die Emission fossiler Verbrennungsprodukte verursachte Erderwärmung zu bekämpfen. Fünfzehn Jahre später findet in Bali, Indonesien vom 3. bis 14. Dezember die 3. Konferenz aller Partner des Kyoto Protokolls (MOP3) zusammen mit der 13. Versammlung aller Partner der UNFCCC (COP13) statt. Die UN Konferenz in Bali wird der Höhepunkt der letzten zwölf Monate der internationalen Klimadebatte. Hierzu hat das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) in seinem aktuellen Synthese-Bericht festgestellt, dass seit der industriellen Revolution die Konzentration von Treibhausgasen sich merkbar als Resultat der menschlichen Aktivitäten erhöht hat. Der IPCC report identifiziert ebenfalls eine breite Palette an Möglichkeiten, diesen Effekt zu verringern oder umzukehren. Hierzu zählen Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Das IPCC wurde zusammen mit dem ehemaligen US Vize-Präsidenten Al Gore mit dem diesjährigen Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet.

aktiven Entwicklungsländern zusammen, um das Vertrauen, das sich in den letzten Tagen aufgebaut hat, für eine positive Lösung zu nutzen. Nach Ansicht der Nichtregierungsorganisationen sollten diese Länder ihre Ziele einer Emissionsreduktion von 25 bis 40% bis 2020 bestätigen und ernst nehmen. Ebenfalls muss von den Industrieländern anerkannt werden, dass Entwicklungsländer einen massiven Technologietransfer benötigen und gleichzeitig günstige Finanzierungsinstrumente erarbeitet werden, die gegebenenfalls auch mit Direktzahlungen unterstützt werden müssen.

Ein weiteres ungelöstes Thema ist auch der so genannte Adaptions-Fonds. Eine Initiative, die den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern Geld für eine Anpassung ihrer Infrastrukturen bereitstellt. Insgesamt muss sich die Indonesische Präsidentschaft der Konferenz der Herausforderung stellen, die positive Atmosphäre in konkrete und ambitionierte Verhandlungsergebnisse umzuwandeln.

DIENSTAG, DEN 11.12.07

Fokus auf Oslo: IPCC und Al Gore erhalten den Nobelpreis

Gestern stand für viele Konferenzteilnehmer nicht der Tagungsort sondern das Rathaus in Oslo, Norwegen im Mittelpunkt. Dort nahmen die UN Organisation Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), die wissenschaftliche Organisation zum Studium des Klimawandels, und der ehemalige US-Vize-Präsident Al Gore gestern Abend den Friedensnobelpreis entgegen. Spannend war nicht die Vergabe des Preises an die Gewinner, schließlich werden Nobelpreise ja vor der Vergabe angekündigt, sondern

was die Beteiligten bei ihrer Nobel Lecture sagen würden.

Al Gore: „*We are what is wrong, and we must make it right.*“

Das beschrieb die Lage eindeutig.

Auch Fossilien sind mobil – Kanada bewegt sich ... ein wenig

Angesichts der weiten Kritik an der unflexiblen Haltung Kanadas scheint sich unter dem Eindruck des gestrigen Nobelpreises etwas getan zu haben. Die kanadische Regierung ließ heute Morgen jedenfalls folgendes verlauten: Kanada unterstützt die UN Prinzipien für einen neuen Vertragsansatz für die Zeit nach 2012. Dies habe Kanadas Umweltminister John Baird dem UNFCCC Generalsekretär Yvo de Boer mitgeteilt. Der Minister wörtlich: „Am Tag, an dem das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), die wissenschaftliche Organisation zum Studium des Klimawandels, den Nobelpreis erhalten hat, habe ich Herrn de Boer mitgeteilt, dass die wissenschaftlichen Belege eindeutig sind und dass Kanada nun die Ziele des IPCC unterstützt.“ Leider hat Kanada auch mitgeteilt, dass alle Großemittenten eingebunden werden müssen. Da wird man sich noch ein wenig bilateral um den Nachbarn USA kümmern müssen.

Keine Pause für PV in Bali: Preisdiskussion um Solarenergie

Bali sollte sicher nicht nur für Minister Gabriel eine Auszeit von der derzeit in aller Deutlichkeit und Schärfe geführten Diskussion um die Höhe der EEG-Einspeisevergütung darstellen, schließlich hat die Photovoltaik immer noch einen relativ kleinen Anteil an der weltweiten Re-



Diskussion zum Thema Klimaschutz und Tourismus

duktion der Treibhausgase. Trotzdem zur Erinnerung: mit fast 50% Marktanteil an der installierten Photovoltaikleistung hat Deutschland einen großen Einfluss auf die internationale Preisgestaltung von Photovoltaikmodulen.

Auch wenn die DGS in der EEG-Debatte Position zu Gunsten der weiteren Umsetzung der Preisreduktion analog der Kosten-Lernkurve der industriellen Produktion bezogen hat, ist dieser Ansatz, der in erster Linie mit Kosten und nicht mit Marktpreisen zu tun hat, nicht jedem bekannt. Die Erfolge der Kostenreduktionen sind dennoch atemberaubend, so produzieren einige Dünnschichthersteller bereits für unter 0,8 US\$ pro Watt (0,54 € pro Watt). Dies ist weit weg von den Ursprungspreisen um 30 US\$ pro Watt der 70er Jahre, zwar nicht ganz so, aber leider auch weit weg von den Marktpreisen in Deutschland. Klar sind Kosten keine Marktpreise, aber für die DGS ist die weitere Umsetzung der Technologie Photovoltaik und damit der Aufbau des Massenmarktes national und international vor allem dann möglich, wenn sich viele die Produkte leisten können. Dies würde auch in Deutschland den Markt weiter öffnen, denn viele Bankfinanzierungen über KfW-Kredite besitzen schließlich eine € und keine kW-Obergrenze.

Und international sind die Auswirkungen hoher Preise noch drastischer, sie verhindern die Entstehung eines Marktes. Beleg dafür gab eine Podiumsdiskussion mit Indonesiens Tourismusminister. Dieser wurde nach dem mangelnden Engagement der Hotels hier im sonnenreichen Bali in Sachen Solarenergie gefragt und antwortete: „Ja, wir wollen es nutzen! Aber wir müssen es uns auch leisten können! Derzeit sind die Preise zu hoch, wir können es nicht bezahlen.“

Auch die UN Organisation für den Tourismus UNWTO sieht ein riesiges Potenzial für Solarenergie im internationalen Tourismus. „Wenn die Preise stimmen, sind Finanzierungen kein Problem, leider müssen wir warten bis die Investitionen tragfähig sind.“ Klar kann man argumentieren, wir müssten warten bis die fossilen Preise stimmten, steigen sie doch. Die Diskussionen in Bali lassen jedoch begründete Zweifel aufkommen, dass wir



Performance vor einer bedrohten Welt



High-Level Diskussion zum Thema Technologietransfer

hier unendlich Zeit haben werden, auf die Knappheit und Teuerung der fossilen Energiequellen zu setzen. Aus Sicht der DGS ist deshalb der beste Weg voran, für die Photovoltaik durch eine kostennahe Preisgestaltung neue Märkte zu eröffnen.

Stand der Verhandlungen: Knackpunkt Technologietransfer und Entwaldung

Die Verhandlungen der Fachleute zum UN Protokoll von Bali stehen derzeit in einer Phase, die bald von der Politik entschieden werden muss. Zwei große Knackpunkte gibt es dabei: die Themenbereiche Technologietransfer und Entwaldung. Während der Bereich Entwaldung im Wesentlichen die Entwicklungsländer und deren Interessen berührt, ist beim Bereich Technologietransfer eine Bewegung der Industrienationen gefragt. Es geht dabei um das wichtige Thema der Abwägung des Themas Patentschutz gegen die Interessen an einer raschen und kostengünstigen Verbreitung von Technologien. Einem bereits vom UN Prozess zum Thema AIDS Medikamente bekannten komplexen Themenbereich, der nicht über Nacht gelöst werden kann.

Die Vorschläge zur Lösung gehen dabei von der Aufgabe von Patentrechten in bestimmten Lagen bis hin zur Einrichtung einer zentralen Agentur zum Erwerb von Schutzrechten, die diese dann kostengünstig oder frei an die Entwicklungsländer verteilt. Dies sind alles Aspekte, die die technologieorientierte Solarindustrie bis ins Mark interessieren dürfte und gerade deshalb wird es spannend, wie die bisher noch nicht veröffentlichte Haltung der Bundesregierung in dieser Frage sein wird.

Kick the Habit: Workshop der UN zum Thema Adaption an den Klimawandel

Aber auch das Thema Anpassung an den Klimawandel wird intensiv diskutiert, insofern zeichnet sich die Bali-Konferenz auch durch einen Pragmatismus aus, der stellenweise schon beängstigend wirkt. Die beiden großen United Nations Organ-

sationen UNDP (Entwicklungsprogramm) und UNEP (Umweltprogramm) haben gemeinsam mit der UNFCCC (Klimaschutzprogramm) eine Vortragsveranstaltung organisiert, in der sie gemeinsam ihre Erkenntnisse zum Themenkomplex Anpassung von Ländern und Wirtschaften an den Klimawandel vorstellen.

Die UNDP trug dabei vor, dass jeder in die Vorbeugung und Wandlungsmaßnahmen installierte Euro einen durch den Klimawandel verursachten Schaden von sieben Euro ausgleicht. Zu den durch diese Maßnahmen geretteten Menschenleben gab es zwar keine Angaben, aber sie wurden als substantiell dargestellt. Trotz dieser auch im Stern-Bericht zum Klimawandel gesammelten Erkenntnis sind in Entwicklungsländern erst etwa 18 Millionen Euro in solche Maßnahmen wie Küstenschutz oder Umsiedlungen investiert worden.

All diese UN Organisationen haben die gemeinsame Forderung erhoben, dass alle zukünftigen Vereinbarungen über den Klimaschutz Elemente der so genannten „Mitigation of Climate Change“ (Verminderung der Einflüsse des Klimawandels) beinhalten muss. Dies ist ein Ansatz, der deutlich macht, dass die für den großen CO₂-Ausstoß verantwortlichen Industrienationen sich auch finanziell an der Verminderung der Folgen in den betroffenen Ländern beteiligen müssen. Sollte sich dieser Ansatz durchsetzen lassen, käme zu den lokalen Kosten noch ein externer Anteil, der fossile Projekte sicher in ein weitaus ungünstigeres Licht setzen würde.

Workshop zur Zukunft des Emissions-Zertifikate-Handels:

Auf einer weiteren Veranstaltung zur Zukunft des viel gepriesenen CO₂-Zertifikate-Handels wurden kleinere Brötchen gebacken. Wahrscheinlich ist die Preis-

entwicklung von CO₂-Zertifikaten in anderen Ländern ähnlich desaströs, wie in Deutschland. Aus den in jeder SONNENENERGIE abgebildeten Kurven lässt sich deutlich ablesen, dass der Preis für CO₂-Zertifikate seit Beginn des Handels bisher nur eine Richtung kannte: nach unten! CO₂-Zertifikate rangieren derzeit unter den so genannten Penny-Stocks, so dass ein wirkungsvoller Anreiz für den Klimaschutz über derartige Instrumente bis auf weiteres nicht zu erwarten ist.

Die Euphorie in der Weltgemeinschaft über diese, angesichts der Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen und der notwendigen Summen für die Finanzierung, fragwürdige Finanzierungsquelle scheint verfliegen. Jedenfalls beginnen die Vertreter des Konzeptes nun umzudenken und hoffen, dass aus den vielen regionalen (EU), nationalen (Japan) und lokalen (Kalifornien) Systemen irgendwann ab dem Jahr 2015 ein stabiles internationales System wird. Aus der Sicht eines Investors muss man also festhalten – Businessplan gescheitert, Alternative nicht überzeugend. Wie sich diese Entwicklung auf das Clean-Development-Mechanism (CDM)-System auswirkt, mit dem Investitionen in Klimaschutz in Entwicklungsländern zum Erwerb von Klimazertifikaten genutzt werden können, bleibt abzuwarten. Sicher ist, viele Impulse sind bis auf weiteres aus dieser Ecke nicht zu erwarten und es bleibt der Beleg, das rein wirtschaftliche Ansätze immer dann nicht tragen, wenn die Freiwilligkeit der Marktteilnahme über einen Preis entscheidet.

Klimaschutz und Tourismus: Die UNWTO (Welttourismusorganisation) reagiert

Die UNWTO begann ihre Veranstaltung mit einer Bekenntnis: Der Tourismus ist einer der größten Treibsätze für den Kli-



Auch das Solartaxi war in Bali

mawandel, ist aber auch am meisten von ihm bedroht. Wissenschaftler sehen seinen Beitrag heute bei 5%, bis 2035 wird sich die Menge der vom Tourismus emittierten Treibhausgase noch verdoppeln. Dies zeigt sich nicht nur in tropischen Inselparadiesen, die dann nicht mehr da sein werden, sondern auch in Gegenden wie dem Mittelmeer oder Kalifornien, die mit größerer Trockenheit auch zunehmend von schweren Brandkatastrophen gebeutelt werden. Ebenfalls sind da aber für uns auch sehr heimatnahe Probleme zu erwarten, der Rückgang des Schneefalls und die Zunahme der schneearmen Jahre sind in den Skigebieten Europas bereits zu spüren. Wohl auch ein Grund, warum die Schweizer sich langsam besinnen und in den Kleinanzeigen asiatischer Business-Zeitungen immer öfter Hotels in der Schweiz als „sichere Investments“ angeboten werden.

Die Ergebnisse der Betrachtungen der UNWTO zeigen: Tourismus benötigt 20 und 50 Milliarden Dollar jedes Jahr, um die Umgestaltung des Tourismus für den Klimawandel durchzuführen. Beleg dafür ist, das am Strand des Hotels in Bali schon jeden Tag die Bagger mit Küstenschutzmaßnahmen aktiv sind, und mit den aus der Nordsee wohlbekannten Felsbrocken einen stabilen Küstenschutz herstellen sollen. Tourismus ist aber auch aus einem anderen Grund sehr anfällig, der Sprunghaftigkeit und Launigkeit seiner Kunden. Untersuchungen aktueller Ereignisse wie der Tsunami in Süd-Ost Asien oder die Bombenanschläge von Bali, belegen, wie die Touristen Orte mit vermeintlicher Unsicherheit oder Verwüstung meiden. Die Karawane zieht weiter. Da helfen auch die von der UNWTO angestellten Vergleiche nichts, dass ein Hektar Entwaldung so schlimm ist wie der Transport von acht Millionen Passagieren zwischen London und New-York.



Blockade mit Charme: US-Delegationsleiterin Dr. Paula Dobrianski mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon

Morgen: Australien wird aktiv

Die UN Presseabteilung plant den Rahmen bereits fleissig. Es wird ein neues Mitglied des Kyoto-Protokolls aufgenommen. Am Mittwoch, den 12. Dezember wird der UN Generalsekretär Ban Ki Moon offiziell die Ratifikationsurkunde des Kyoto-Protokolls aus den Händen des neuen Australischen Premierministers Kevin Rudd entgegennehmen. Dies beendet 10 Jahre Blockade des Kyoto-Protokolls durch die Regierung in Canberra. Ein guter Anfang für den ersten Tag der Regierungsvetreter.

MITTWOCH, DEN 12.12.07

UN Generalsekretär: „Die Augen der Welt schauen auf Minister und Staatschefs in Bali“

Auf der UN Klimakonferenz in Bali haben sich am heutigen Mittwoch 144 Minister und 6 Staatschefs versammelt, um die Verhandlungen über einen globalen Vertrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu führen. Die Konferenz ist die 13. Konferenz der UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und ist mit über 11.000 Teilnehmern der größte Event zum Klimaschutz in der Geschichte der UN.

Das so genannte High Level Segment wurde von UN Generalsekretär Ban Ki-Moon eröffnet. Er adressierte das Plenum mit deutlichen Worten. „The time to act is now“ sagte Ban Ki-Moon im Hinblick auf die Ergebnisse der Wissenschaft, die in diesem Jahr vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vorgelegt wurden. Nach den Worten des Vorsitzenden des IPCC, Dr. Pachauri, der sich mit einer Video-Botschaft aus der Nobelpreisstadt Oslo an die Konferenz wandte, ist die Zeit des Zweifels vorüber. Es wird dazu kommen, dass sich die Meeresspiegel anheben, Überflutungen



Null-Emissionen – die Forderung der Umweltschützer

deutlich wahrscheinlicher und schwerer und Trockenheiten verbreiteter werden. Die Warnungen des IPCC sind düster, aber wahr.

Der Klimawandel ist die moralische Herausforderung unserer Generation, sagte der UN Generalsekretär in seiner Eröffnungsrede, „Wir stehen an einer Kreuzung, die Wahl ist klar, wir müssen handeln und dürfen nicht unsere Kinder ihrer Zukunft berauben. Wenn wir Bali verlassen, ohne eine Durchbruch zu erzielen, haben wir die Menschen der Welt im Stich gelassen“

Der UNFCCC Generalsekretär Yvo de Boer sprach von der dringenden Notwendigkeit, die wissenschaftlichen Ergebnisse des IPCC in klare Politikvorgaben umzusetzen. Viele Ebenen der Geschäftswelt seien bereit, die Chance des Klimawandels zu nutzen und neue Technologien am Markt zu platzieren. „Business is ready to move into the low-emissions era, but needs the appropriate policy framework from governments to do so,“ sagte Herr de Boer, der damit nochmals deutlich den Ball an die versammelten Minister und Staatschefs weiterreichte und forderte, bis 2009 die Verhandlungen über konkrete Abschlüsse abzuschließen.

Beginn der Plenumdiskussion: Schweigeminute für Algerien

Die politische Konferenz begann mit einer Schweigeminute für die Opfer des Terroranschlags auf die UN Vertretung in Algiers, Algerien bei dem viele UN Mitarbeiter der Vereinten Nationen ums Leben gekommen waren. UN Generalsekretär Ban Ki-Moon verurteilte die Anschläge auf die UN Entwicklungshilfeorganisation UNDP als feige Verbrechen, die unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können.

Der indonesische Chairman eröffnete die Konferenz mit einer Aufforderung an die USA, endlich das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Diese ungeplante Meinungsäußerung wurde vom Plenum mit einem lang anhaltenden Applaus bedacht. Die Reduktion der Klimagase und Wirtschaftswachstum können zusammen erreicht werden und die Zusammenfüh-



UN Generalsekretär Ban Ki-Moon vor dem Plenum

rung der Armutsbekämpfung und der Schaffung eines klimaneutralen nachhaltigen Wirtschaftswachstums sei möglich. Deshalb sind die Beiträge der Industrienationen im Bereich Technologietransfer genauso wichtig wie die Aufarbeitung des Problems der Entwaldung durch die Entwicklungsländer.

Die Redner: Präsident von Indonesien, UNFCCC Generalsekretär, Premier Minister von Australien

Freundlich bedankte sich der Präsident von Indonesien Susilo Bambang Yudhoyono bei dem neuen Premierminister von Australien für die rasche Ratifizierung des Kyoto Protokolls. Er brachte die Forderung an die Bali Konferenz auf den Punkt und zeigte auf, was sich verbessern muss. So muss die Einbeziehung der CO₂-Bindung einer nachhaltigen Forstbewirtschaftung erreicht werden und die USA müssen sich als größter Emittent von Treibhausgasen an der Lösung beteiligen.

Yvo de Boer, der UNFCCC Generalsekretär zeigte dem Plenum die Folge eines Nicht-Handelns auf. Er sprach von 50 Millionen Umweltflüchtlingen, die bis 2020 entstehen könnten und die Welt in ein Desaster verwandeln. Ihn erschreckte, dass die Verteidigungsministerien der Welt bereits für diese Szenarien planten, aber nichts Präventives zur Verhinderung unternommen wurde. Seinen Worten nach müssten in diesem Zeitraum 20 Billionen Dollar in Energieinvestitionen gesteckt werden. Die meisten davon in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Es ist jetzt wichtig, diesen Investitions-Supertanker nachhaltig auszurichten, sonst werden wir unsere Emissionen mehr als verdoppeln.

Der frisch gewählte Premierminister von Australien Kevin Rudd sprach davon, dass er für seine erste Amtshandlung die Unterzeichnung des Kyoto Protokolls gewählt habe und hielt fest, dass der Klimawandel die größte Herausforderung für die Welt sei. Weiterhin habe seine Analyse ergeben, dass die Kosten des Handelns weit geringer sind, als die Kosten des Nicht-Handelns.

Pressekonferenz des Umweltministers Sigmar Gabriel

In seinem Vortrag gegenüber der Welt- presse definierte der Bundesumweltminister die beiden Herausforderungen der Konferenz folgendermaßen: Sowohl die Bekämpfung der Armut, als auch die Bekämpfung der Klimakatastrophe müssen gemeinsam angegangen werden. Kein Land der Erde wird sich beteiligen, wenn sich durch die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels die Lebensverhältnisse nicht verbessern lassen.

Gabriel hielt fest, dass von den Industrienationen die notwendige technische und finanzielle Unterstützung kommen muss, um die Entwicklungs- und Anpassungsprozesse zu unterstützen. Deutschland sei hier zu großen Anstrengungen bereit, man habe im Themenkomplex Entwicklung, Energieeffizienz, Technologietransfer und Anpassung bis zu 1 Mrd. Euro jährlich bereitgestellt.

Deutlich unterstrich Gabriel aber auch, dass eine Weiterentwicklung des Klimazertifikate-Handels ansteht, wir müssen das Marktvolumen deutlich erhöhen. Da die Industrieländer die Verantwortung für die derzeitige Situation in der Atmosphäre tragen, muss hier eine Vorreiterrolle eingenommen werden.

Politische Bewertung der nationalen Konferenzbeiträge durch die NGO

Die Nichtregierungsorganisationen (NGO) des Climate Action Network (CAN) haben bei ihrer täglichen Vergabe des Fossil des Tages die USA mit dem Siegerpreis bedacht. Der Grund für diese Auszeichnung der schlechten Art war die aktive Rolle der US Unterhändler, eine Blockade der Konferenz zu erreichen. Selbst nach der Entgegennahme des Nobelpreises durch das IPCC wurde von

den US Delegierten frech behauptet, dass die wissenschaftliche Suche nach Fakten noch nicht abgeschlossen sei und man erst einen Teil der Ergebnisse gesichtet hätte. Folglich müsse weiter geforscht werden, bevor man zu einem Handlungsstrang kommen könne.

Entwicklungshilfe: Chance oder Hindernis?

Die Civil Society Coalition on Climate Change (CSCCC), eine Formation aus 42 Entwicklungshilfeorganisationen, Internationalen Agenturen und den Vertretern von Entwicklungsländern, warf auf der Konferenz die Frage nach der Verhinderungswirkung von dirigistisch vergebenen staatlichen Entwicklungshilfemitteln auf. Unter dem Schlagwort, Anpassung braucht keine Hilfe, zeigte Barun Mitra von India's Liberty Institute folgendes auf: „Entwicklungshilfeorganisationen aus Industrieländern stützen sich stark auf steuerfinanzierte Programme, die großzügig aus den Taschen anderer verteilt werden. Der ‚Verkauf‘ von Armut ist ein ziemlich erfolgreiches Geschäft für diese Organisationen, aber es verlängert die Armut auch, schließlich würde ein Ende der Armut die Geber zur Geschäftsaufgabe zwingen.“

Es sieht nach der Ansicht der CSCCC so aus, dass die Industrieländer versuchen, die Regierungsvertreter der Entwicklungsländer für einen Kompromiss zu kaufen. Es besteht die Gefahr, dass „Cash for Climate“ die Korruption verschärfen, Ineffizienz verschlimmern und Armut verlängern wird. Die Daten der Organisation deuteten hierauf hin: Von 1975 bis 2002 konnte festgestellt werden, dass die Entwicklungshilfe im Durchschnitt keinen Netto-Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung der Empfängerländer geführt hat. Seit 1960 hat sich die Le-



Chefs unter sich: UNFCCC Generalsekretär Yvo de Boer und UN Generalsekretär Ban Ki-Moon

benserwartung in den Empfängerländern trotz massiver Hilfen nicht erhöht.

In der Essenz würde die ausländische Hilfe den Druck von den Regierungen nehmen, auf ihre Wähler zu hören und die eigene wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Vielmehr müsste ein Ansatz gewählt werden, der die lokale Wirtschaft in den Entwicklungsländern stärkt und über die Zulassung von Entrepreneurship-Programmen und klassischen und digitalen Infrastrukturmaßnahmen Chancen für die eigene Bevölkerung generieren.

Erster Beschluss in Bali: Der Adaptionsfonds kommt

Ein Fonds zur Finanzierung von Adaptions-Projekten wurde in Bali beschlossen. Dieser Fonds soll konkrete Finanzierungen von Adaptionsprojekten (Küstenschutz, Umsiedlung, etc.) in Entwicklungsländern finanzieren. Der Fonds soll sich aus den Vorgängen im Clean Development Mechanism (CDM) Prozess speisen. Hierbei sollen 2% der CDM Summen eingesammelt und für Projekte ausgeschüttet werden. Angesichts der extrem gefallen Preise für CO₂-Zertifikate, der Triebfeder für CDM Projekte, kein besonders großer Schritt in Richtung der Rettung der Welt.

DONNERSTAG, DEN 13.12.07

Zwischenbilanz des UNFCCC Generalsekretärs Yvo de Boer:

Als Zusammenfassung des gestrigen Tages gab UNFCCC Generalsekretär Yvo de Boer eine Pressekonferenz, in der er mitteilte, dass eine Gruppe von 40 Ministern eingesetzt wurde, die sich um die weitere Ausgestaltung des Verhandlungsprozesses kümmern würde. Er teilte der Weltpresse mit, dass das Festsetzen

konkreter Ziele für den Klimaschutz immer noch der zentrale Knackpunkt für die Verhandlungen ist. Es sei unklar, wie es in dieser Frage weitergehe, eine Entscheidung darüber werde sicher sehr spät fallen.

Die Gruppe der Entwicklungsländer G77 hatte sich in ihrem Beitrag, der von Pakistan formuliert wurde äußerst enttäuscht gezeigt, dass sich bisher bei den wichtigen Punkten, Technologietransfer und dem Aufbau von Kapazitäten nichts getan hat. Sie prangern damit die Haltung der Industrieländer an, keinen freien Zugang zu Umwelttechnologien zu gewähren. Yvo de Boer sah hier noch nicht aller Tage Abend und verwies auf die Arbeit der Gruppe der 40 Minister, die sich aus allen Interessensvertretern zusammensetzt und sich speziell diesem Thema widmet.

Die derzeit laufende Diskussion muss laut Herrn de Boer vier Themenfelder abschließend bearbeiten. Erstens ist dies die Festlegung der Höhe der Anstrengungen für die unterschiedlichen Länder. Hierunter verbirgt sich das Thema der Festlegung konkreter Reduktionsziele für alle Partner.

Das zweite Themenfeld ist der Bereich Technologietransfer und Aufbau von Kapazitäten zur Installation dieser Technologien in Entwicklungsländern. Hier sieht Herr de Boer derzeit eine Blockade, da die Industrienationen nicht von ihren Schutzrechten lassen möchten und ein breiter Technologietransfer vorerst nicht in Sicht ist. Er habe aber die Hoffnung, dass sich hier in der Arbeitsgruppe der Minister etwas bewegt.

Der dritte Punkt ist die Definition der Verteilung von Kosten- und Hilfsprogrammen für Anpassungsmaßnahmen und Vermeidungsaktionen. Angesichts der hohen Kosten von bis zu 200Mil-



Flaggen auf dem Weg zum Konferenzzentrum

liarden Euro ein sicher nicht einfacher Punkt, von dem schon jetzt klar ist, dass er hier in Bali nicht abschließend behandelt werden kann.

Viertens ist noch unklar in welchem formalen Rahmen ein weiteres Ergebnis von Bali umgesetzt werden kann. Dieser Punkt scheint zunächst ein wenig blass, kann aber zu deutlichen Problemen führen.

Zu seiner mittäglichen Pressekonferenz äußerte sich der UNFCCC Generalsekretär deutlich besorgt über den Fortgang der Verhandlungen. Es hakt und die Zeit wird knapp, da bis Freitag-Mittag um zwölf Uhr Ortszeit die Ergebnisse vorliegen müssen. Sein Ausblick ist, dass die Feststellung konkreter Ziele mit Zahlen im Text schon mehr wäre, als er erhofft hat. Derzeit fordert dies fast die ganze Welt außer den USA, Kanada und Japan, die sich sehr störrisch in dieser Frage zeigen. Bekanntlicherweise werden derartige Fragen jedoch wie immer erst in den letzten Minuten einer Vertragsverhandlung gelöst, so dass Herrn de Boer und den an der Verhandlung beteiligten Ministern noch eine unruhige Nacht bevorstehen wird.

Minister Gabriel fordert klare Entscheidungen: Es muss zu minus 30% kommen

„Wir brauchen klare Entscheidungen von Bali. Wir brauchen kein Papier, das nur sagt, wir treffen uns nächstes Jahr wieder“, forderte Gabriel in seiner Rede vor dem Plenum. Festgelegt werden müsse das Ziel einer Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 sowie für die Industriestaaten minus 30 Prozent bis 2020. In seiner Rede sprach der Umweltminister die USA direkt an: Zwar könne über Instrumente und Mittel verhandelt werden, „aber das Ziel darf nicht in Frage gestellt werden. Das sollte für alle akzeptabel sein, auch für unsere Freunde und Kollegen in den USA“. Für Deutschland bekräftigte Gabriel das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. Zugleich drang er darauf, den Kampf gegen Armut und gegen Klimawandel zu verknüpfen. Deutschland stelle daher ab 2008 rund eine Milliarde Euro



Die Welt schaut zu: Protest der Umweltschützer

für internationale Klimapolitik zur Verfügung. Dabei geht es um technologische Hilfen für mehr Energieeffizienz oder zur Bewältigung von Klimafolgen sowie um den Schutz tropischer Wälder. „Wir waren es, die die Atmosphäre zu einer Müllhalde für Treibhausgase gemacht haben“, sagte Gabriel mit Blick auf die Verantwortung der Industriestaaten.

USA stellen sich weiter gegen feste Ziele bei der Emission von Treibhausgasen

Gegen feste Emissionsziele wandte sich die Leiterin der US-Delegation, Paula Dobriansky. „Wir wollen einen Prozess einleiten, der offen ist und keine Wege im voraus festlegt oder ausschließt“, sagte sie vor Journalisten. Wenn im Mandat konkrete Zahlen genannt würden, dann sei dies aber „eher eine Vorfestlegung als das Streben nach einem Konsens“. Dobriansky betonte zugleich, die USA wollten sich an einer Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll beteiligen. Die Regelungen müssten jedoch „flexibel“ sein und „nationale Gegebenheiten“ berücksichtigen. Auf Bali solle ein Fahrplan für Verhandlungen über eine Vereinbarung beschlossen werden, „die dem Klimawandel begegnet und unsere Energiesicherheit erhöht“. Dieser Fahrplan solle 2009 enden.

Position der Entwicklungsländer, die G77

Die G77 möchte ein substanzielles Ergebnis in der Linie des Kyoto Protokolls. Die G77 arbeitet dafür, dass es zu klaren verbindlichen Zielen kommt, die sich an den Erkenntnissen des IPCC orientiert. Dies bedeutet, dass die Länder des Annex I (Industriationen) die Reduktionen um 25 bis 40% senken müssen. Neben den Teilnehmern des Kyoto Protokolls müssen aus Sicht der G77 ebenfalls die nicht beteiligten Partner (USA) an solch einer Reduktion teilnehmen. Die historische und laufende Verantwortung der Industrienationen für Emissionen und den Klimawandel sei klar und deshalb muss die Vorreiterrolle von diesen Nationen ausgehen.

Auf der Pressekonferenz der G77 kam die Aussage der USA zur Sprache: Man sei nicht an der Vergangenheit interessiert, sondern an der Zukunft. Hiernach werden in Zukunft 2/3 der Emissionen aus den sich rasch wirtschaftlich entwickelnden Schwellenländern kommen. Deshalb sei hier anzusetzen und die Reduktion muss von diesen gleichfalls getragen werden. Die Antwort der G77 zu dieser Haltung war eindeutig: „Poverty is not the answer to climate change. Those who can reduce, must reduce.“ Im Kern geht es um

Entwicklungschancen und Lebensqualität der Bevölkerung, einem wichtigen Anliegen von 2/3 der Weltbevölkerung.

Streitpunkt Technologietransfer kommt im High Level Segment an

Die vom ehemaligen Umweltminister von Indonesien geleitete Arbeitsgruppe der High-Level Roundtable on Technology Transfer nahm sich dem wichtigen Streitpunkt Technologietransfer an. Die Entwicklungsländer forderten in diesem Dialog die wirtschaftliche Einbindung in die Möglichkeiten der erneuerbaren Energiewirtschaft. Dies bedeutet, dass die Senkung der Importzölle für verbesserte Einfuhrbedingungen in Entwicklungsländer nicht des Rätsels Lösung ist. Es geht im Kern um einen wirklichen Technologietransfer, der lokale Produktionen zu vertretbaren Kosten ermöglicht.

Die Entwicklungsländer verfolgen diese Forderung sehr selbstbewusst, da sie sich von diesem Ansatz eine deutliche Stärkung ihrer lokalen Wirtschaften versprechen. Es sind dabei die selben Argumente (Stichwort Lokale Wertschöpfung), die wir für die politische Einführung erneuerbarer Energien in Deutschland verwenden. Diesmal jedoch steht Deutschland und seine Unternehmen auf der anderen Seite, der des Exporteurs.

In der engagiert geführten Debatte brachte es die ugandische Umweltministerin deutlich auf den Punkt. Sie sieht in ihrem Land gerade in der Nutzung von Solarenergie eine riesige Chance, hält sie bei den derzeitigen Preisen aber für unmöglich. Es könne nur etwas mit dem Erfolg werden, wenn es nicht nur um einen Import von Technologien geht. Die Ministerin von Barbados pflichtete ihr bei und unterstrich, der Aufbau von Produktionskapazitäten in diesen Ländern sei essentiell. Hierzu müssen die Industrieländer bereit sein, Technologien und Lizenzen zu gewähren, damit das Know How bereitgestellt werden kann.

Die Position der Industrieländer wurde von den wenig glaubwürdigen Nationen Großbritannien und USA vertreten. Diese legten dar, dass die Regierungen große Anstrengungen in der Entwicklungshilfe unternähmen und dass man nicht private Technologieschutzrechte einfach aushebeln könne. Von einem Redebeitrag der Exportnation Deutschland in dieser wichtigen Lizenz- und Technologiefrage war leider nichts zu sehen.

Autohersteller mit Weitblick – alle aus Japan, die deutschen fehlen

Auf der Konferenz in Bali gibt es unzählige Side-Events, Workshops und Ausstellungen, die politische Positionen,

Studien oder Neuheiten präsentieren. Solche Side-Events werden von unterschiedlichen Akteuren organisiert und sind in der Regel sehr gut von Konferenzteilnehmern mit Wissensdurst besucht. Einer dieser Side-Events ist eine Ausstellung der Japanischen Automobilindustrie zum Thema Clean Air Vehicle. In dieser haben sich alle Japanischen Hersteller zusammengetan und zwischen dem Konferenzzentrum und der Zentrale der Nichtregierungsorganisationen eine Ausstellung ihrer neuesten Elektro- und Hybridautos organisiert. Interessant ist nicht nur die Teilnahme von Toyota und Mitsubishi, die Kleinwagen vorzeigen, sondern auch die Präsentationen des Nutzfahrzeugherstellers Hino. Wer möchte, kann hier alle Modelle, über die von unserem Fachausschuss-Vorsitzenden Tomi Engel ausgiebig in der SONNENENERGIE berichtet wurde, im Original bestaunen. Die Ausstellung ist sehr erfreulich und dokumentiert Engagement für eine Lösung unsere Probleme. Bedauerlich jedoch, dass die vermeintlich führende Deutsche Automobilindustrie hier durch vollständige Abwesenheit glänzt und sich durch die vom BDI in einem kleinen Side-Event vorgestellte McKinsey Studie vertreten lässt.

FREITAG DEN 14.12.07

Der letzte Tag hatte 36 Stunden. Eigentlich begann er schon am Donnerstag Abend, als der frischgebackene Nobelpreisträger Al Gore eine Rede hielt. Gore, selber kein Delegierter der Konferenz, sprach so dann auch nicht direkt zu den Delegierten in der Konferenz, der Diskussionssaal war auch ihm verschlossen. Er hielt seine Rede in einem Konferenzsaal im Seitenflügel auf einem so genannten Side-Event, der über die Monitore in das ganze Kongresszentrum übertragen wurde.



Der Globus hat Fieber

Gore sprach über das gegenwärtige Fieber des Planeten und den Unterschied der Gefahren durch Schlangen und des Klimawandels, aber auch über die Pass-taktik des Eishockeys und er hielt sich an sein Motto: „An inconvenient truth“. Als Privatperson und Amerikaner, sprach er die Worte aus, die viele Delegierte als Befreiung empfanden. Die Vereinigten Staaten, sein Land, ist das prinzipielle Hindernis für einen Fortschritt in Bali. Aber man solle, auch wenn es schwierig ist, einfach um den großen Elefanten im Raum herum nach vorne gehen. „Spielt den Puck an die Stelle, an der die USA nach der nächsten Wahl stehen werden.“ gab Gore den Delegierten mit und verschwand unter stehenden Ovationen.

Mit diesem Eindruck begann der 48 Stunden dauernde letzte Verhandlungstag. Nach dem man sich in der Nacht-sitzung auf Freitag nicht auf den Text einigen konnte, musste der Samstag kurzerhand zum weiteren Verhandlungstag erklärt werden. An diesem Samstag schien jedoch der Kompromiss von Freitagnacht nicht mehr sehr tragfähig. Indien und China zeigten am Samstagmorgen ihre Muskeln. Im Auftrag der Gruppe G77 und China präsentierte Indien einen Vorschlag, der die stärkeren Schwellenländer von ihren Verpflichtungen zugunsten der kleineren Schwellen- und Entwicklungsländer entbindet. Es wird nicht mehr differenziert zwischen den kommenden ökonomischen Mächten und den Entwicklungsländern und die Interessen der kleinen Länder wurden damit ein Stück weit überfahren.

Der indonesische Präsident der Verhandlungen zeigte sich entgeistert und unterbrach die Sitzung für eine halbe Stunde, um sie dann vor Abschluss der Konsultationen wieder aufzunehmen. Dies entzürnte die Antragsteller Indien und China, da die zuständigen Minister

noch in Verhandlungen mit dem indonesischen Außenminister über ihren Vorschlag waren. Der chinesische Delegierte ließ dann seine sprichwörtliche Diplomatie fahren und wurde für Chinesen überdeutlich: Er verlange eine Entschuldigung des UN Klimasekretariats für diesen wiederholt vorgekommenen Vorgang, er vermutete sogar Strategie dahinter.

Nach einer weiteren Unterbrechung wurde der indonesische Präsident auf dem Podium aufgeboten, ebenso UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, der erneut ungeplant nach Bali geeilt war. Ersterer beschwor die Historie der Situation und mahnte zum Kompromiss. Der UN Generalsekretär führte in ungewohnter Deutlichkeit sein Unbehagen aus. „Ich bin ungern hier erneut angereist und schockiert über die Langsamkeit, mit der es hier vorangeht.“ versuchte er den Beratungen Beine zu machen. Der UNFCCC Generalsekretär trug mit zitternder Stimme seine Version vor, dass das Sekretariat nichts von den laufenden Beratungen gewusst habe, als die Sitzung erneut eröffnet wurde, bevor er unter Tränen den Saal für 20 Minuten verließ.

Im Anschluss an diese tief menschliche Episode war die EU, die sich zunächst brüskiert über den Vorstoß geäußert hatte, kompromissbereit und nahm den Vorschlag von Indien und China an. Weitere Staaten folgten mit positiven Statements, bevor die USA ihre Ablehnung der vorliegenden Erklärung verkündeten. Unter Buhrufen saßen die Leiterin der US-Delegation Paula Dobriansky und ihr Kollege James Connaughton alleine unter rund 200 Delegierten und bekamen nicht nur Unmut, sondern teils nackte Feindseligkeit zu spüren.

Daraufhin wurden auch erfahrene Diplomaten deutlich: „Unwillkommen und ohne jede Basis“ nannte etwa der Vertreter Südafrikas die Haltung der USA, die

nicht genug Engagement der Entwicklungsländer sahen. „Sie wollen Führung übernehmen. Sie sind nicht in der Lage, die Führung zu übernehmen. Gehen Sie aus dem Weg“, griff der Vertreter Papua-Neuguineas Kevin Conrad die USA unter dem Applaus der Delegierten direkt an.

Als jedoch Kanada unter einer mündlichen Spezifizierung den Beitritt erklärte und der Vertreter Japans in einer diplomatischen Meisterleistung ohne es direkt zu sagen, seinen Beitritt manifestierte, war klar, Al Gore hatte recht: Die USA sind die Blockierer. Unter diesem Druck der Welt gab auch Paula Dobriansky nach und erklärte mit einem nicht ganz so souveränen Lächeln den Beitritt zum Konsens. Diesmal gab es teils stehende Ovationen der Delegierten.

In all dieser Dramatik ist fast untergegangen, dass der Bezug zu den wissenschaftlichen Ergebnissen des IPCC zu einer Fußnote geworden ist. Es fehlt in der Bali Roadmap also das von den Europäern und dem IPCC geforderte Langfrist-Ziel, den Treibhausgas-Ausstoß der Industrieländer bis 2050 auf die Hälfte des Wertes von 1990 zu drücken. Auch der in früheren Versionen enthaltene Hinweis, die Kehrtwende bei den weltweiten Emissionen muss in 10 bis 15 Jahren geschafft sein, ist nun gestrichen. Aber es gab einen Kompromiss, das ist der Erfolg.

Für die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. bleibt das Fazit, hier war nicht mehr zu holen und in wirklich letzter Minute wurde das Scheitern abgewendet. Aber selbst wenn Al Gore mit seiner Voraussage recht hat, dass die neue US Administration sich bewegen wird, zeigen sich schon die neuen Konfliktlinien. Indien und China werden dann keine einfachen Partner sein und ihr Gewicht in der Weltpolitik und bei den Emissionen wird sich 2009 enorm vergrößert haben.

In Bali sind, dies haben nicht nur die menschlichen Konflikte im Plenum gezeigt, alle an ihre Grenzen gegangen. Die Bali Roadmap konnte nach hartem Ringen erfolgreich aufgestellt werden, dies ist begrüßenswert. Überdeutlich wurden aber auch die harten Interessenskonflikte, die sich hinter diesem Kompromiss verbergen. Es ist sicher, wenn 2009 in Kopenhagen über die verbindlichen Reduktionszahlen abgestimmt wird, werden alle Beteiligten über ihre Grenzen gehen müssen. In Kopenhagen wird es nicht nur um Worte gehen, sondern auch um viel Geld und Macht. Wie das ausgeht bleibt abzuwarten, der Prozess dafür hat jetzt begonnen.

ZUM AUTOR

► Dr.-Ing. Jan Kai Dobelmann ist Präsident der DGS e.V.



Warten auf die Entscheidung: Blick auf den Konferenzsaal von der Pressetribüne

